Luftverkehrsabkommen müssen teilweise angepasst werden

Um die Verkehrsrechte der Swiss nach einer Übernahme durch Lufthansa in anderen Staaten sicherstellen zu können, müssen eine Reihe von Luftverkehrsabkommen angepasst werden. Dafür braucht es Verhandlungen mit den entsprechenden Ländern. Nicht tangiert sind gestützt auf das bilaterale Luftverkehrsabkommen die Landrechte in den EU-Staaten.

Eine Fluggesellschaft benötigt, um Destinationen im Ausland anfliegen zu können, Verkehrsrechte des entsprechenden Staates. Diese Landrechte räumen sich die einzelnen Staaten in bilateralen Luftverkehrsabkommen ein. Die Schweiz hat bisher mit über 140 Ländern solche Abkommen abgeschlossen. Diese enthalten unter anderem Bestimmungen über die Bezeichnung von Fluggesellschaften, die Besitzverhältnisse, Frequenzen und Kapazitäten sowie die Destinationen, die angeflogen werden dürfen.

Je nach Bereitschaft und Interessenlage des jeweiligen Landes präsentieren sich die Inhalte der Verträge ziemlich unterschiedlich. Die Schweiz setzt sich im Rahmen von bilateralen Verhandlungen seit langem für möglichst wettbewerbsfreundliche, liberale Abmachungen ein. So ist es dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) als zuständige Behörde gelungen, ziemlich offene Abkommen unter anderem mit den USA, Kanada, Brasilien, Thailand und verschiedenen Staaten im Mittleren Osten abzuschliessen. Vollständig liberalisiert ist das bilaterale Luftverkehrsabkommen mit der EU, wodurch Schweizer Airlines ungehinderten Zugang zu sämtlichen Destinationen in den EU-Mitgliedstaaten haben.

Die meisten dieser Abkommen sehen jedoch vor, dass die gewährten Verkehrsrechte nur durch Gesellschaften in Anspruch genommen werden können, die sich entweder in staatlichem Eigentum befinden oder Staatsangehörigen des jeweiligen Vertragslandes gehören. Diese «Ownership-and-Control»-Klausel verunmöglicht beispielsweise, dass eine französische Gesellschaft Linienverkehr zwischen der Schweiz und Japan betreiben könnte.

Mit der Übernahme durch die Lufthansa erfüllt die Swiss die Voraussetzungen nicht mehr, wie sie in den mit einer «Ownership-and-Control»-Klausel versehenen bilateralen Abkommen zur Durchführung des Linienverkehrs vorgesehen sind. Es braucht deshalb Verhandlungen mit den Behörden der jeweiligen Staaten, um eine Anpassung der Verträge in dem Sinne zu erreichen, dass auch eine sich mehrheitlich in deutschem Besitz befindliche Swiss weiterhin die Verkehrsrechte zwischen der Schweiz und dem entsprechenden Vertragsstaat wahrnehmen kann.

Die Schweizer Behörden streben in Verhandlungen über bilaterale Luftverkehrsabkommen seit mehreren Jahren an, die «Ownership-and-Control»-Klausel durch das Kriterium des Hauptsitzes («Principal Place of Business») zu ersetzen, so wie es international vermehrt praktiziert wird. Nicht mehr das Eigentum an einer Fluggesellschaft soll im Vordergrund stehen, sondern der Ort der geschäftlichen Haupttätigkeit des entsprechenden Unternehmens. Mit knapp 30 Staaten ist es bis heute gelungen, in Bezug auf «Ownership-and-Control» eine liberalere Formulierung der Verträge zu erreichen (siehe Tabelle).

Keine Probleme mit der «Ownership-and-Control»-Regelung ergeben sich für Destinationen der Swiss innerhalb der EU. Durch das seit Juni 2002 gültige bilaterale Luftverkehrsabkommen sind

Staatsangehörige aus EU-Ländern Schweizerinnen und Schweizern in Bezug auf die Möglichkeit, Luftverkehrsunternehmen zu besitzen, gleichgestellt. Eine durch Staatsangehörige aus einem EU-Land kontrollierte Swiss gilt somit unverändert als schweizerische Gesellschaft, die durch das bilaterale Luftverkehrsabkommen Flughäfen in der EU weiterhin uneingeschränkt anfliegen darf.

Länder, mit denen die Schweiz eine liberale «Ownership-and-Control»-Regelungen hat

Australien
Äquatorialguinea
Brasilien
Chile
Dominikanische Republik
Israel
Jemen
Jordanien
Kamerun
Kenia
Kirgisistan
Kuba
Malaysia
Neuseeland
Pakistan
Peru
Singapur
Syrien
Tansania
Türkei
Albanien*
Argentinien*
Bulgarien*
Gabun*
Ghana*
Libyen*
Marokko*
Namibia*
Südafrika*

Länder, mit denen die Schweiz in Bezug auf «Ownership-and-Control» verhandeln muss**

Ägypten
Hongkong
Indien
Japan
Kanada
Mazedonien
Oman
Rumänien
Russland
Saudi Arabien
Serbien-Montenegro
Sri Lanka
Thailand
Ukraine
USA
Vereinigte Arabische Emirate

**Liberale Regelung ausgehandelt, aber noch nicht in Kraft*

***Aufgelistet sind nur Staaten, in denen die Swiss heute Destinationen anfliegt*

Bern, 22. März 2005

UVEK Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation

Presse- und Informationsdienst